

# Echnatons View

Unabhängige Online-Zeitung für  
Arbeitnehmer und Neugierige!

Arbeitsrelevante Themen aus einem  
anderen Blickwinkel betrachtet!

## DHL & Deutsche Post am Limit

Leerungszeiten		Deutsche Post	
Montag - Freitag	17:30	Spätsammlung	Nachlieferung
Sonntag	11:45		
Sonntags			
<small>Sendungen des alten Tages- und Spätsammlungen erreichen die Empfänger frühestens in der Regel mit der nächsten Leertüte. Bei Nachlieferungen gilt dies für die Sendungen, deren Zustellung mit dem 20.01.02 beginnt.            Beratung: Postfach der Briefzustellung 5228 402224</small>			
Briefkästen mit späteren Leerungen:			
Montag - Freitag	17:30	Spätsammlung	Nachlieferung
Sonntag	11:45		
Sonntag	11:45		

Es ist der Druck von Oben - der sich allein für die Gewinne der Aktionäre interessiert - der massiv und sehr bewusst nach unten weitergegeben wird. Das Auslagern – die Arbeit mit Sub-Sub-Unternehmen, denen am Ende die Schuld zu geschustert wird falls die Skandalösen Bedingungen mal öffentlich werden - ist der billige Trick des Großkonzerns.

Jüngste Entwicklungen zeigen, dass die Deutsche Post mit einer der schlechtesten Arbeitgeber in Deutschland ist. Nur noch auf Gewinnoptimierung ausgerichtet, schafft die Deutsche Post so zunehmend immer mehr prekäre Beschäftigung. Zudem verteilt sie ihre Aufgaben überwiegend an Sub-Unternehmen, die dann für die mangelnde Qualität verantwortlich gemacht werden.

Und die Deutsche Post selbst, die zieht sich als Arbeitgeber immer mehr aus ihrer Verantwortung!



**Der Betriebsrat, generell gilt:** Ein Betriebsrat hat die Aufgabe, die Interessenvertretung für alle Arbeitnehmer nach dem Betriebsverfassungsgesetz zu wahren und wahrzunehmen. Hierzu gehört es unter anderem auch, Auskünfte über den Stand der Dinge im Betrieb an die Beschäftigten weiterzuleiten.

**Ausschluss und Absetzung von Betriebsratsmitgliedern oder den gesamten Betriebsrat:** Betriebsverfassungsgesetz § 23

(1) Mindestens ein Viertel der wahlberechtigten Arbeitnehmer, der Arbeitgeber oder eine im Betrieb vertretene Gewerkschaft können beim Arbeitsgericht den Ausschluss eines Mitglieds aus dem Betriebsrat oder die Auflösung des Betriebsrats wegen grober Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten beantragen. Der Ausschluss eines Mitglieds kann auch vom Betriebsrat beantragt werden.

(2) Wird der Betriebsrat aufgelöst, so setzt das Arbeitsgericht unverzüglich einen Wahlvorstand für die Neuwahl ein. § 16 Abs. 2 gilt entsprechend.

**Betriebsräte in der Pflicht:** Generell ist im Betriebsverfassungsgesetz geregelt wie Betriebsräte zu agieren haben. Welche Aufgaben sie übernehmen sollen und wie sie die Interessen der Beschäftigten in einem Betrieb wahrnehmen und nach den geltenden Gesetzen vertreten müssen. Obwohl das in den meisten Fällen auch so funktioniert, gibt es jedoch Betriebsräte die zunehmend nur noch die Interessen der Arbeitgeber vertreten. Besonders auffällig hierbei sind oft Großunternehmen die massiven Druck auf ihre Betriebsräte ausüben. Immer mit Androhung Arbeitsplätze auszulagern, abzubauen oder Standortschließungen vorzunehmen, fordern Arbeitgeber so fast unannehmbare Zugeständnisse von ihren Betriebsräten – In Bremen bei der DHL Home Delivery haben wir das persönlich so erlebt.

Für die Betriebsräte selbst ist es ein Tanz auf Messers Schneide. Zum einen müssen sie laut Betriebsverfassungsgesetz im Interesse der Beschäftigten handeln, zum anderen sind sie dem hohen Druck der Arbeitgeber nahezu schutzlos ausgeliefert. Wo diese einseitigen Zugeständnisse der Betriebsräte jedoch hinführen, kann man gut an diversen Beispielen festmachen. In Bremen z.B. bei Coca Cola, Kelloggs oder bei der DHL Home Delivery – um nur ein Paar Beispiele zu nennen – haben die permanenten Zugeständnisse der Betriebsräte an die Arbeitgeber am Ende zu keinem positiven Ergebnis für die Beschäftigten geführt. Alle genannten Standorte wurden geschlossen und verlagert. Hier kam es zu betriebsbedingten Kündigungen, zu Abfindungszahlungen oder man hatte sich anderweitig geeinigt, die Arbeitsplätze hingegen waren verloren. So ist es also nicht immer klug von den Betriebsräten sofort klein bei zu geben, wenn die Arbeitgeber mit diversen Drohungen um die Ecke kommen. Betriebsräte stehen nun mal in der Pflicht die Beschäftigten im Betrieb so gut wie es geht beim Arbeitgeber zu vertreten. Es sollte sich mittlerweile herumgesprochen haben, dass Arbeitgeber alle Hebel in Bewegung setzten, um den höchstmöglichen Profit aus ihren Beschäftigten herauszupressen. Wenn es für die Arbeitgeber nichts mehr zu hohlen gib, ziehen sie die Notbremse und nehmen sowieso Stellenabbau und Standortschließungen wie u.a. in Bremen vor. Betriebsräte müssen sich der enormen Gier der Arbeitgeber in den Weg stellen und nicht kampflos aufgeben, es geht hierbei schließlich um viele Arbeitsplätze und um die Schicksale jedes einzelnen Beschäftigten!



### **Pilotprojekt der Deutschen Post:**

Bis Ende September 2017 testete die Deutsche Post in NRW, Saarland, Rheinland-Pfalz und in Hessen eine eingeschränkte Briefzustellung. Wurde die Post bisher an sechs Tagen in der Woche zugestellt, sah das Pilotprojekt nur noch eine Zustellung um die Hälfte vor. Während die Deutsche Post diese Maßnahme mit dem Rückgang der Briefsendungen begründet, spricht die Gewerkschaft Ver.di hingegen von einem

weiteren Versuch massive Einsparungen auf Kosten der Beschäftigten vorzunehmen und weitere Arbeitsplätze abzubauen. Ebenfalls wirft die Gewerkschaft Ver.di der Deutschen Post eine Gefährdung der funktionierenden Infrastruktur vor. Obwohl in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung gilt, untergrub die Deutsche Post mit dem Pilotprojekt geltende Gesetze. Eine Einschränkung der täglichen Postzustellung ist jedoch ein Verstoß gegen die [Post-Universaldienstleistungsverordnung](#), in der die Zustellung an sechs Tagen in der Woche gesetzlich verankert ist. Mittlerweile hat sich auch die Bundesnetzagentur als Aufsichtsbehörde der Post eingemischt, da sich immer mehr Verbraucher und Verbände beschwerten. In den Beschwerden geht es vor allem um die Zustellung am Montag, diese würden an diesem Tag nahezu ausbleiben. Ein Testversand hat ergeben, dass nur Eindrittel der am Samstag versandten Briefe am Montag tatsächlich zugestellt wurden, die übrigen Zweidrittel wurden erst am Dienstag zugestellt. Die Deutsche Post hat eine eingeschränkte Montagszustellung bestätigt. Die Post habe eine rein innerbetriebliche Maßnahme vorgenommen, die sich lediglich auf die Sommerzeit - Ferienzeit - beschränke, hieß es. Die Bundesnetzagentur und die Gewerkschaft Ver.di werden das Treiben der Deutschen Post auch weiterhin beobachten und zur gegebenen Zeit handeln!



### **Verordnung zur arbeitsmedizinischen**

**Vorsorge:** Zur Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz wurde im Jahr 1996 das Arbeitsschutzgesetz erlassen. Dazu gehört auch die Verordnung zur Arbeitsmedizinischen Vorsorge, welche die Früherkennung und Verhütung von Berufskrankheiten fördern soll. Der Berufsverband der Rechtsjournalisten klärt im folgenden Text darüber auf, welche Pflichten

die Arbeitgeber sowie die verantwortlichen Ärzte diesbezüglich haben. Arbeitnehmer sind immer höheren Belastungen an der Arbeitsstelle ausgesetzt. Hinzu kommt, dass arbeitende Menschen immer älter werden. Daher werden dem Arbeitgeber verschiedene Pflichten auferlegt, wozu auch die Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz gehört. Gesundheitliche Gefahren, die durch die Tätigkeit drohen müssen schon vor Antritt der Beschäftigung erkannt werden, um analysieren zu können, wie sich das Gefahrenpotential senken lässt. Außerdem muss von Unternehmen ein Arzt eingestellt werden, dem alle wichtigen Informationen sowie die Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung mitzuteilen sind. Dieser muss Zugang zu allen Arbeitsbereichen haben. Existiert schon ein Betriebsarzt, wird dieser mit den Vorsorgemaßnahmen beauftragt. Die Unternehmensleitung muss weiterhin eine Vorsorgekartei führen und diese bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses aufbewahren. In der Vorsorgekartei wird dokumentiert, wann und aus welchen Gründen Vorsorgeuntersuchen erfolgt sind.

Zuständigen Behörden werden bei Anfrage Kopien ausgestellt. Auch der Arbeitnehmer muss bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses einen Abzug erhalten.

**Grundlegend wird zwischen drei Vorsorgevarianten unterschiedenen. Dazu gehören:**

- Die Pflichtvorsorge: Unternehmensleiter müssen sowohl vor Antritt der Tätigkeit als auch in regelmäßigen Abständen entsprechende Vorsorgemaßnahmen durchführen.
- Die Angebotsvorsorge: Diese wird angeboten, wenn Beschäftigte durch berufliche Tätigkeiten erkranken.
- Die Wunschvorsorge: Der Arbeitgeber muss den Arbeitnehmer auf Wunsch eine regelmäßige medizinische Vorsorge ermöglichen, so lange arbeitsmedizinische Gesundheitsschäden zu erwarten sind.

**Aber nicht nur** der Arbeitgeber, sondern auch der Arzt hat bestimmte Pflichten inne. Der zuständige Arzt muss sich vor Antritt seiner Tätigkeit Informationen über die notwendigen Kenntnisse bezüglich der geltenden Verhältnisse am Arbeitsplatz verschaffen. Körperliche oder klinische Untersuchungen müssen vom Arzt vorher auf Erforderlichkeit überprüft werden. Eingriffe dürfen nur mit Zustimmung der zu untersuchenden Personen durchgeführt werden, außerdem unterliegt der Betriebsarzt, wie jeder andere Arzt auch, der Schweigepflicht. Eine der wichtigsten Maßnahmen des Arztes ist das Biomonitoring, also z.B. die Analyse von Körperflüssigkeiten. Dieses beinhaltet die Überwachung von Gefahrstoffen und die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Der Arzt muss den Arbeitgeber über die Auswertungen und ggf. über alternative Maßnahmen informieren.

(C) BvdR. e.V. > [Berufsverband der Rechtsjournalisten e.V.](#), 2017



**Deutsche Post als Arbeitgeber:** Es ist der Druck von Oben – der sich allein für die Gewinne der Aktionäre interessiert – der massiv und sehr bewusst nach unten weitergegeben wird. Das Auslagern – die Arbeit mit Sub-Unternehmen, denen am Ende die Schuld zu geschustert wird falls die Skandalösen Bedingungen mal öffentlich werden – ist der billige Trick des Großkonzerns. Insider berichten das eine interne Software unter dem Kürzel IBIS den Leistungsdruck immer mehr steigere. Auch im Frachtgeschäft tobt ein

erbitterter Preiskampf. So ist DHL-Freight eines der größten Logistik-Unternehmen weltweit. Im Auftrag von DHL-Freight arbeiten Fahrer von osteuropäischen Subunternehmen zum Teil unter menschenunwürdigen Bedingungen. Wir werden nicht müde zu wiederholen das diese Entwicklung auch von der Gewerkschaft Ver.di ermöglicht worden ist. Der Streik 2015 wandte sich gegen das Outsourcing und die Kollegen waren bereit für dieses Ziel weiterzukämpfen, doch Ver.di fiel ihnen in den Rücken und erklärte den Streik frühzeitig für beendet. Jüngste Entwicklungen zeigen, dass die Deutsche Post mit einer der schlechtesten Arbeitgeber in Deutschland ist. Immer mit dem Fokus auf Gewinnoptimierung ausgerichtet, schafft die Deutsche Post so zunehmend mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Zudem verteilt sie ihre Aufgaben überwiegend an Sub-Unternehmen, die für die mangelnde Qualität der Dienstleistungen verantwortlich

gemacht werden. So hat die Deutsche Post inzwischen seinen Vertrieb vollständig an Sub-Unternehmen abgegeben. Obwohl außen noch Deutsche Post zu lesen ist, spiegelt diese sich innerlich nicht mehr wieder. In Deutschland betreiben nur noch Subunternehmen die Poststellen. Hierbei spielt es keinerlei Rolle, ob es sich dabei um Einzelhändler oder um größere Filialen der Postbank handelt. Die Deutsche Post hat ihr eigenes Filialnetz inzwischen vollständig abgebaut und sich bei selbstständigen Unternehmen in ganz Deutschland eingekauft. Während die Arbeitsbedingungen bei der Deutschen Post dramatische Auswirkungen angenommen haben, baut der Konzern auch weiterhin seine eigene Personaldichte ab. In Zukunft wird es so sein, dass die Deutsche Post zwar als Konzern weiterhin existiert, doch selbst kaum noch eigenes Personal haben wird. So braucht die Deutsche Post also nur noch geringfügiges Personal in der Verwaltung und alles übrige wird von Sub-Unternehmen erledigt. Diese Vorgehensweise erinnert stark an das US-amerikanische Unternehmen Subway, die lediglich Lizenzen vergeben, denen aber selbst kein einziges Subway-Geschäft gehört. Die Funktion der Geschäftsführung wird dann in Eigenverantwortung von [Franchisenehmern](#) übernommen...

---

**Air Berlin – Wilder Streik:** Am frühen Dienstagmorgen – 12.09.2017 – blieben die Flugzeuge von Air Berlin am Boden. Grund hierfür sind 200 Krankmeldungen von Piloten die sich quasi gleichzeitig krankgemeldet hatten. Damit haben die Piloten eine neue Eskalationsstufe im Übernahmepoker ausgelöst und eine Revolte gegen das Management angezettelt. Gerade den Langstreckenpiloten droht der Verlust ihrer Arbeitsplätze. Sowohl die Gewerkschaft Cockpit als auch



das Management von Air Berlin betonten, dass sich die Piloten keinen Gefallen damit tun in einen „Wilden Streik“ getreten zu sein. Bisher wurden über 200 Flüge gestrichen, sodass auf den Flughäfen völliges Chaos ausgebrochen ist. Am Mittag gab die Gewerkschaft Cockpit eine Pressekonferenz. Gleich am Anfang der Pressekonferenz viel die Gewerkschaft ihren Mitgliedern feige in den Rücken und gab bekannt, sie sei selbst überrascht und habe mit dem „Wilden Streik“ nichts zu tun. Im Verlauf der Pressekonferenz forderte die Gewerkschaft Cockpit die Piloten sogar auf, den „Wilden Streik“ umgehend zu beenden und den Flugverkehr wieder aufzunehmen. Heftige Kritik kam von den Piloten selbst. Diese werfen der Gewerkschaft Cockpit vor, sie würde nur die Interessen von Air Berlin und dem Management vertreten nicht aber die der Piloten. Wie lange der „Wilde Streik“ noch anhalten wird ist zu diesem Zeitpunkt noch völlig unklar. Eine schnelle Einigung ist aber nicht zu erwarten, das Management von Air Berlin steht unter erheblichen Zugzwang!

**Air Berlin Update 1: Pleite wurde wegen der Bundestagswahl zum politischen Kalkül gemacht.** > Bis Freitag – 15. 9.2017 – konnten Interessenten ihre Angebote die angeschlagene Airline Air Berlin zu übernehmen oder Teile davon zu kaufen noch abgeben werden. Zum Ende der Angebotsfrist gab es nach offiziellen Angaben 16 Kaufangebote. Allerdings wird eine endgültige Entscheidung, welches Angebot den Zuschlag bekommt, nicht wie vorgesehen am 21. September auf der Gläubigerversammlung sondern erst am 25. September auf der Sitzung des Aufsichtsrates von Air Berlin getroffen. Die

Verschiebung und Bekanntgabe der endgültigen Entscheidung dürfte hierbei ein politisches Kalkül sein?! Da am 24. September die Bundestagswahlen sind, wollte man offensichtlich unangenehme Nachrichten solange zurückhalten bis die Wahlen gelaufen sind. Die Bundesregierung hatte innerhalb weniger Tage eine erste Lösung für die insolvente Fluggesellschaft parat. So hatte der Bund problemlos mit einem 150 Millionen Euro Überbrückungskredit gebürgt, um Air Berlin noch solange über Wasser zuhalten bis das angeschlagene Unternehmen verkauft wurde. Allerdings geht der Überbrückungskredit voll zu Lasten der Steuerzahler, da zu erwarten ist das der Bund darauf sitzen bleiben wird. Besonders auffällig sind die öffentlichen Air Berlin-Aktivitäten der Politik im Wahljahr 2017, zumal bei früheren Pleiten die Verhandlungen im Stillen ausgetragen wurden und politisch gesehen wenig unter Einfluss standen. Es gilt vor allem bis nach den Bundestagswahlen die Air Berlin-Beschäftigten in Sicherheit zu wiegen. Auch die Bevölkerung soll wenig von den Konditionen und Vereinbarungen mitbekommen, es wird von der Politik befürchtet das die Wahlergebnisse ansonsten zu Ungunsten der Parteien negativ beeinflusst werden könnten! Während sich die Bieter in Schweigen hüllen, spinnt die Politik also ihre Fäden im Hintergrund weiter. Die größten Chancen im Übernahmepoker werden der Lufthansa zugesprochen. Diese befindet sich mit Air Berlin bereits in Verhandlungen, um über den Erwerb von Teilen der Fluglinie zu verhandeln.

---



### **Frankreich: Demonstrationen gegen Macrons Arbeitsmarktreformen:**

Deutschland war mit der Agenda 2010 und den Hartz IV Gesetzen ein beispielloser Vorreiter zur Schaffung des höchsten Niedriglohnsektors in Europa. Dieses Reformpaket ist bei den Staatsoberhäuptern überall hochangesehen, daher ist es nicht verwunderlich das immer mehr Euro-Länder dieses System auf ihr Land übertragen wollen. Am Dienstag – 12.09.2017 – protestierten tausende Franzosen gemeinsam mit dem Gewerkschaftsverband CGT gegen die von Präsident Macron angekündigte Arbeitsmarktreform. Das arbeitgeberfreundliche Gesetz soll Einstellungen und Entlassungen von Beschäftigten erleichtern, um die hohe Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Die Demonstranten befürchten hingegen eine erhebliche Beschneidung ihrer bisherigen Rechte.

**Aufgebracht argumentierten sie:** „Die Reformen werden doch nur für die Arbeitgeber geschaffen, damit diese wie in Deutschland ihre Gewinne durch Lohndumping auf Kosten der Arbeiter erzielen können. Macron will ein System wie Hartz IV in Frankreich schaffen. Das die Agenda 2010 und Hartz IV in Deutschland versagt haben sieht man doch an den Verhältnissen die dadurch entstanden sind. Prekäre Beschäftigung, Ausbeutung und Armut prägen Deutschland, solche Verhältnisse wollen wir in Frankreich nicht“.

**Trotz aller Proteste bleibt Macron bei seiner Aussage:** „Ich werde den Faulen, den Zynikern und den Extremisten in nichts nachgeben, die Reformen werden umgesetzt“. Auch Arbeitsministerin Muriel Pénicaud sagte in einem Interview, „Man werde in den Plänen nicht zurückweichen, sie seien ein Wahlkampfversprechen“. Der Gewerkschaftsverband CGT kündigte bereits für Ende September neue Proteste an.

**Update Nr. 1:** Obwohl am Donnerstag den 21.09.2017 wieder in ganz Frankreich tausende Menschen gegen die geplante Arbeitsmarktreform protestierten, unterzeichnete Emmanuel Macron am Freitag die Verordnungen zur Lockerung des Arbeitsrechts. Vorab waren durch das Kabinett die umstrittenen Texte beschlossen worden und können nun umgehend in Kraft treten. Damit löste Macron eines seiner Wahlversprechen, die hohe Arbeitslosigkeit zu senken, ein. Während die Arbeitgeber die Arbeitsmarktreform begrüßen, laufen die Gewerkschaften dagegen Sturm. Sie befürchten massiven Abbau von Arbeitnehmerrechten, prekären Beschäftigungsverhältnissen und von Vollzeitstellenabbau wie in Deutschland. Gegenüber Deutschland liegt Frankreich mit rund zehn Prozent Arbeitslosigkeit doppelt so hoch. Bei den bisherigen Gewerkschaftsprotesten gingen nach offiziellen Angaben landesweit über 350.000 Menschen auf die Straße. Der Oppositionspolitiker Jean-Luc Mélenchon hatte für Samstag - 23. September - bereits zu einer erneuten Großdemonstration in Paris aufgerufen. Während die Mainstream-Medien in Deutschland nahezu schwiegen, übertrug der TV-Sender RT Deutsch die Demonstration als Live-Stream im Internet!

---



**Aufstand der Arbeitnehmer:** Die Politik hat nach eigenen Angaben den Arbeitsmarkt weitestgehend im Griff und die Wirtschaft wächst schneller als gedacht. So sollte man meinen es sei alles in bester Ordnung, doch es brodelt gewaltig im Hexenkessel Deutschland. Die Agenda 2010, die Hartz VI Gesetze, die Altersarmut, die prekären Arbeitsverhältnisse und der Niedriglohnsektor sind hierbei nur ein Teil vom Ganzen.

Gerade was den Arbeitsmarkt angeht formatieren sich immer mehr Arbeitnehmer in Eigeninitiative. Von der Politik verraten und von den Gewerkschaften verkauft gehen sie so auf ihre Weise gegen die Methoden der Parteien vor. Während die Politik der Wirtschaft und den Unternehmen den Rücken stärkt, beuten die Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer weiterhin gnadenlos aus. Gibt es für die Arbeitgeber nichts mehr zu hohlen, schmeißen sie ihre Beschäftigten raus, nehmen Standortverlagerungen vor oder melden gleich Insolvenz an. Den Arbeitnehmern reicht es schon lange, hatten bisher allerdings nur geringfügige Mittel, um sich zu wehren oder haben zulange darauf gehofft das die Politik doch noch eine Kehrtwende macht. Die jüngsten Entwicklungen bei Air Berlin zeigen jedoch das es sehr wohl Druckmittel von Seiten der Arbeitnehmer gibt. So hatten 200 Piloten kurzfristig einen „Wilden Streik“ gegen das Unternehmen und dem Management organisiert, weil Air Berlin Insolvenz angemeldet hatte und die Piloten um ihre Arbeitsplätze fürchten. Durch kollektive Krankmeldung erreichten die Piloten ein Chaos auf den Flughäfen und sorgten für erhebliche Unruhe bei Air Berlin. Aber auch in anderen Berufssparten hatte sich bereits Widerstand formatiert. So waren die Lokführer in den Ausstand getreten und zwangen die Deutsche Bahn solange in die Knie, bis man sich halbwegs einig wurde.

Was die wenigsten mitbekommen haben dürften ist der Aufstand der Leiharbeiter. In Bremen haben sich bei der DHL in einem Paketzentrum die Leiharbeiter zusammengeschlossen und demonstrativ die Arbeit verweigert, sie wollten somit ein Zeichen gegen die extrem schlechten Arbeitsbedingungen setzen. Als den Leiharbeitern mit Rauswurf gedroht wurde, haben diese dagegegehalten und ihren Chefs zu verstehen gegeben das sie nicht die einzigen Leihfirmen sind. Bremen ist die Hochburg für Leihfirmen, daher sollte es nicht schwierig sein schnell in eine andere Leihfirma unterzukommen.

Durch ihre selbstorganisierten „Wilden Streiks“ und Aktionen haben die genannten Gruppierungen sehr wohl Wege gefunden, um den Arbeitgebern ordentlich die Suppe zu versalzen. Die deutschen Arbeitnehmer haben es satt die permanente Opferrolle für die Interessen der Unternehmen und den Standort Deutschland zu übernehmen. Bei der Politik, der Wirtschaft und den Arbeitgebern klingeln inzwischen alle Alarmglocken. Noch schaffen sie es die Arbeitnehmer unter Kontrolle zu halten, doch was passiert erst wenn die „Wilden Streiks“ und Aktionen in anderen Berufszweigen Fuß fassen, was wäre dann in Deutschland los?!

---

**Kunden der Agentur für Arbeit:** Die MitarbeiterInnen der Agentur für Arbeit nennen die Bürger ihre Kunden, während diese die Agentur als legalisierte Sklavenhändler titulieren.

Immer mehr Arbeitssuchende, Arbeitslose und Hartz IV Empfänger werden zu unrecht von der Agentur für Arbeit willkürlich schikaniert. Drohungen, Erpressungen und Sanktionierungen gehören hierbei zu den bevorzugten Druckmitteln die die AgenturmitarbeiterInnen anwenden. Ihr skrupelloses handeln bleibt fast immer ohne nennenswerte Konsequenzen, da die vorgegebenen Ziele klar definiert sind: Die Bürger schnell und unkompliziert in Arbeitsverhältnisse zu drängen, damit diese nicht in der Arbeitslosenstatistik auftauchen.



So hat sich die Agentur für Arbeit als Ort des Schreckens in den Köpfen der Bürger etabliert. Wer einen Termin bei der Agentur für Arbeit hat, geht schon mit Unbehagen und oft mit Angst dort hin. Weiterhelfen können und wollen die Agenturen ihren Kunden allerdings nicht. Dabei wollen die Bürger nur einen Arbeitsplatz von dem sie auch leben können, doch die AgenturmitarbeiterInnen drängen ihren Kunden ausschließlich Ein-Euro-Jobs, Minijobs, Leiharbeit, befristete Verträge oder sonstige prekäre Arbeitsverhältnisse auf. Sollte die Agentur für Arbeit eigentlich als Beratungs- und Vermittlungsstelle fungieren, ist diese jedoch zu einem extremen Verwaltungsapparat mutiert, der jährlich immer mehr Gelder verschlingt. Was die Bürger beklagen, rügte bereits der [Bundesrechnungshof](#). Die Vermittlungsarbeit der Agentur für Arbeit sei ineffizient, die Fördermaßnahmen nur zufällig erfolgreich und die Weiterbildungsprogramme sind oft nutzlos. Zudem stellte der Bundesrechnungshof fest, dass die Betreuung von Harz IV Beziehern noch deutlich verbesserungsbedürftig ist. Dieser Mangel ist ein wesentlicher Grund dafür das Maßnahmen und anschließende Vermittlungsbemühungen erfolglos blieben. Bei gut jedem dritten Fall sei der Abschluss einer Fördermaßnahme nicht zum Anlass genommen worden, die Integration in den Arbeitsmarkt anzupassen. Die Fachkräfte bei der Agentur für Arbeit hätten sogar dabei zentrale Vorgaben missachtet. Obwohl die Agentur für Arbeit vom Bundesrechnungshof gerügt wurde und in der Kategorie Vermittlungserfolg gänzlich versagt hat, ist die derzeitige Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles für Veränderungen am System alles andere als offen. Ihrer Ansicht nach stimmen die Verhältnisse so wie sie sind. Während also die AgenturmitarbeiterInnen bedingungslosen Rückhalt von ihrer Chefin bekommen, terrorisieren diese ihre Kunden unbehelligt weiter!